

13 Bürgermeister gehen auf die Barrikaden: „Es reicht!“



© Dennis Möbus

Echo-online Jörg Monzheimer

Kreis Groß-Gerau. Der überarbeitete Haushaltsentwurf des Kreises Groß-Gerau für den Doppelhaushalt 2025/26 hat es in sich: [Kreis- und Schulumlage sollen zusammengenommen um 7,49 Punkte steigen](#). Eine Anhebung der Schulumlage um knapp 4,5 Punkte war bereits im Etatentwurf für den Doppelhaushalt 2025/26 enthalten. Jetzt sollen noch einmal drei Punkte bei der Kreisumlage draufgesattelt werden. Landrat Thomas Will (SPD) hat damit auf Druck der Aufsichtsbehörden reagiert.

Widerstand regt sich jetzt von Seiten der Städte und Gemeinden. Als Vorsitzender der Kreisversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds hat Treburs Bürgermeister Jochen Engel (Freie Wähler) einen Brandbrief an den Kreistag aufgesetzt. Der Tenor ist klar: „Es reicht“. Unterzeichnet haben ihn 13 Bürgermeister und die Erste Beigeordnete Nauheims, quer über alle Parteigrenzen hinweg.

Viele Aufgaben, im Verhältnis zu wenig Steuereinnahmen

Engel verweist darauf, dass die Kommunen rund 28,4 Prozent aller staatlichen Aufgaben erfüllen, aber nur 15,5 Prozent der bundesweiten Steuern erhielten. „Das kann so nicht funktionieren.“ Die ständige Zuweisung neuer Aufgaben und die Erhöhungen von

Standards erhöhe die finanziellen Belastungen für die Kommunen. In ihrem Schreiben äußern die Bürgermeister große Sorge, dass der Ausblick für die kommenden Jahre eine weitere Verschärfung befürchten lasse. Bereits 2024 waren Kreis- und Schulumlage zusammen um rund 3,9 Punkte gestiegen.

Streichen freiwilliger Leistungen reicht nicht zum Haushaltsausgleich

Die Bürgermeister verweisen darauf, dass sie längst mit dem Rücken an der Wand stünden. „Vor Ort können wir nur noch darüber entscheiden, welche freiwillige Leistung wir zuerst kürzen oder streichen“, konstatieren sie. Doch selbst ein weitreichender Kahlschlag von Sportanlagen über Büchereien und Musikschulen bis hin zur Jugendarbeit und Ferienprojekten reiche in aller Regel zum Haushaltsausgleich nicht mehr aus. Der Verlust an Lebensqualität und die Zerstörung gewachsener Strukturen sei dagegen gewiss.

Gleichzeitig stehe das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auf dem Spiel, wenn Städte und Gemeinden gezwungen seien, grundlegende Leistungen zu reduzieren und ihre Handlungsfähigkeit massiv einzuschränken. In mehreren Kommunen habe sich bereits Widerstand aus der Bevölkerung formiert. Die Menschen könnten nicht mehr nachvollziehen, wenn trotz Einschnitten bei den Leistungen auf der anderen Seite höhere Steuern erhoben würden.

Keine Lust mehr auf Anfeindungen

„Die betroffenen Bürgermeister und auch deren Kommunalparlamente sind dann diejenigen, die für diese Entwicklung den Kopf hinhalten“, heißt es in dem Brandbrief. Sie alle arbeiteten mit großer Leidenschaft zum Wohle der Kommunen. „Aber wir sind es leid, mitunter persönliche Anfeindungen in Kauf zu nehmen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern immer wieder all das erklären zu müssen, was gar nicht mehr erklärbar ist.“

Letztlich seien es gerade die Anforderungen von Bund und Ländern sowie stetig steigende Aufwendungen für Sozial- und Transferleistungen, die zu dieser Entwicklung führten. Sie würden auf staatlichen Ebenen beschlossen und müssten am Ende durch kommunale Steuern bezahlt werden. Durch die geplante Erhöhung der Umlagehebesätze reiche der Landrat die Belastung nach unten weiter. „Ein Vorgang, der für den Normalbürger völlig intransparent ist“, so Engel. Damit einhergehende weitere Steuererhöhungen seien in keiner Weise mehr vermittelbar.

Bürgermeister fordern Ablehnung des Kreishaushalts

An die Mitglieder des Kreistags richten die Bürgermeister die Aufforderung, den vorliegenden Haushaltsplan abzulehnen. In der vorläufigen Haushaltsführung zu verbleiben sei für alle Beteiligten – im Kreis wie in den Städten und Gemeinden – schmerzhaft. Wenn aber weiter an der Belastungsspirale gedreht werde, verliere man die Akzeptanz der Bürger, verspiele das Vertrauen in die Demokratie. Die Menschen wendeten sich dann von der Politik ab oder wählten radikale Parteien, was in beiderlei Hinsicht „einer Demontage unserer Demokratie“ gleichkomme.

